

157/2002

Stuttgart, den 21.06.2002

Grüne: Teufels Konfrontationspolitik schwächt deutsche Position im Fluglärmstreit

Der verkehrspolitische Sprecher der Grünen im Landtag Boris Palmer kritisierte die von Baden-Württemberg veranlasste Ablehnung des Flugverkehrs-Staatsvertrags mit der Schweiz im Bundesrat. „Damit hat Erwin Teufel aus wahltaktisch-populistischen Gründen den Interessen der vom Fluglärm geplagten Menschen in Südbaden nur geschadet“, sagte Palmer.

Es sei bemerkenswert, dass die Konservativen in der Schweiz und in Deutschland den Vertrag mit der Begründung ablehnten, ihre Seite müsse zu viel Fluglärm ertragen. „Wenn beide Seiten sich benachteiligt fühlen, ist der Kompromiss schmerzhaft, aber richtig. Nur Sozialdemokraten und Grüne auf beiden Seiten der Grenze haben die Kraft zum Kompromiss gefunden“, so Palmer.

Ohne einen vertraglichen Kompromiss fürchten die Grünen nicht nur um das gutnachbarschaftliche Verhältnis zur Schweiz, sondern auch um die Möglichkeiten zur Begrenzung des Flugverkehrs. „Die Schweizer setzen auf einen Sieg in einem europäischen Rechtsstreit. Der Ausgang eines solchen Verfahrens ist ungewiss. Aber wenn der Staatsvertrag an der Schweiz scheitert obwohl Deutschland ratifiziert, sinken die

Erfolgschancen der Eidgenossen. Deshalb können sich die Hardliner in der Schweiz nur wünschen, dass Teufel mit seinem Konfrontationskurs Erfolg hat.“

Die Grünen halten im Sinne der lärmgeplagten Bevölkerung in Südbaden ein abgestuftes Vorgehen für notwendig. Zuerst müsse der Bundestag den Staatsvertrag entgegen dem Ländervotum ratifizieren. Zugleich solle ein einseitige Rechtsverordnung zur Reduktion der Überflüge vorbereitet werden. Lehne die Schweiz den Staatsvertrag endgültig ab, fordern die Grünen die sofortige Inkraftsetzung der Rechtsverordnung mit einer Begrenzung der tiefen Anflüge über deutsches Gebiet auf 80.000 pro Jahr und einem verschärften Nachtflugverbot.

Ministerpräsident Teufel forderte Palmer auf, bei deutschen Flughäfen denselben Standard wie bei Zürich anzulegen: „Teufel wirft der Bundesregierung vor, sie handle zu lasch gegen den Fluglärm. In Berlin jedoch hat die CDU heftig dazu beigetragen, die von Umweltminister Trittin vorgelegte Verschärfung des Fluglärmgesetzes auszubremsen. Warum soll in Stuttgart nicht gelten, was für Zürich gefordert wird? Und bis 1998 kam von der CDU-geführten Bundesregierung überhaupt nichts, um den Fluglärm im Grenzgebiet zu begrenzen.“